



Bayerns Ministerpräsident hat sich zum Vorsprecher von Initiativen gegen Stromtrassen gemacht. Aber kann er sich durchsetzen? Demo in Pegnitz. FOTO: DAVID EBENER/DPA

Mit Dank zurück

Ilse Aigner sollte Bayern die Energiewende bringen. Doch ihr Chef ließ sie nicht. Jetzt muss er selbst ran

Am Ende fällt die Spannung ab von Ilse Aigner, und sie wird für ihre Verhältnisse ungewöhnlich gelöst und regelrecht unbayerisch. „Und tschüss“, sagt die bayerische Wirtschaftsministerin, dreht sich um und rauscht aus dem großen Ludwig-Erhard-Saal ihres Hauses. Und tschüss. Das ist nicht nur ein flapsiger Abgang, das ist auch der perfekte Untertitel für die Art und Weise, wie Ilse Aigner sich gerade eines großen Problems vorerst entledigt hat. Sie sollte das große Thema Energiewende für den Freistaat lösen. Doch ihr Chef Horst Seehofer ließ sie es nicht so recht lösen. Jetzt findet Aigner einen Dreh, wie sie Seehofer das Problem zurückgibt – auf dass er es selbst löse in Berlin. Und tschüss.

Das Verhältnis zwischen Seehofer und Aigner ist nicht gerade besser geworden in letzter Zeit

Es ist die neueste Volte im nun ein Jahr währenden Streit um die Extratouren des Freistaats bei der Umsetzung der Energiewende. Seehofer selbst hatte ihn vom Zaun gebrochen, als er sich zum Vorkämpfer der vielen Bürgerinitiativen gegen neue Stromtrassen machte und anfang, die Leitungen mit Wucht zu bekämpfen. Verkürzt gesagt, will Seehofer als Ersatz für die abzuschaltenden Atomkraftwerke weniger Stromimporte aus dem Norden über die ungeliebten Trassen und dafür mehr Gaskraftwerke im eigenen Land. Die aber sind derzeit wirtschaftlich nicht zu betreiben. Ilse Aigner hat darauf immer wieder hingewiesen, doch Seehofer ließ nicht locker. Drei Monate saß Aigner nun mit vielen Experten in einem von ihr geführten „Energie-Dialog“

zusammen, und zum Abschluss dreht Aigner an diesem Montag den Spieß um und verkündet eine einfache Gleichung. „Die Formel lautet: Zwei minus x“, sagt sie. Damit meint sie: Von zwei geplanten Stromtrassen lässt sich eine oder lassen sich sogar zwei verhindern. Je nachdem, wie gut Seehofer in Berlin Subventionen für die Gaskraft herausverhandelt.

Politik mit der Größe x gehört zum Markenkern der CSU in Bayern. 50 plus x, das war lange Jahre das Wahlziel der CSU. Für den in der goldenen CSU-Zeit von Alfons Goppel und Franz Josef Strauß sozialisierten Seehofer ist das noch immer tief in ihm drin. Doch derzeit liegt Seehofers Partei klar bei 50 minus x, Tendenz ungewiss. Von außen nerven am rechten Rand AfD und Pegida, in der Mitte die in Bayern starken Freien Wähler. Auch im Innenleben der Partei rumpelt es kräftig. Das Gezerre um die Energiewende hat Seehofer schon als bedrohlich für die Mehrheitsfähigkeit ausgemacht. Er selbst kommt immer wieder ins Trudeln bei seinem Projekt, nach dem geplanten Abgang aus der Politik im Jahr 2018 einen geordneten Übergang hinzubekommen.

Wie es der Zufall will, überlappen sich in der Person Ilse Aigners zwei dieser Probleme. Sie ist die für die Energiewende zuständige Ministerin. Und sie ist derzeit eine von zwei Kandidaten für die Nachfolge Seehofers. Der andere Kandidat ist Bayerns Finanzminister Markus Söder – derzeit laut Umfrage weit, aber nicht uneinholbar ent-eilt. Söder hat einen kraftstrotzenden Haushalt und viele andere schöne Themen. In seiner Funktion des „Heimatministers“ bringt er Förderbescheide aller Art persönlich noch in den letzten Winkel

Bayerns. Aigner hat dagegen die schwierige Energiewende und einen ständig in diese hineingrätschenden Seehofer.

Söder wird von Seehofer stets misstrauisch beäugt, er verhält sich aber seit einigen derben Worten Seehofers im September tadellos. Aigner dagegen geht immer häufiger ins Renitente und strampelt sich einfach nicht frei. Wäre das ein Film, in dem Horst Seehofer von Robert de Niro gespielt würde, dann hätte Don Horst sein schauriges Wohlgefallen am Sohn Marco, der die Familiengeschäfte zwar skrupel-

los, aber verlässlich erledigt. Tochter Ilse würde dem Papa Sorgen machen, weil sie so wenig aus sich und der Familie macht.

Das Verhältnis zwischen Seehofer und Aigner ist nicht leichter geworden, seit der Ministerpräsident die damalige Berliner Verbraucherschutzministerin zurück nach Bayern quasselte, als Zugpferd für die Landtagswahl 2013. Ihr Start war verkorkt, sie wurde unsicher, und Seehofer wurde ungeduldiger. Bei Aigners Energiedialog erweckt der Ministerpräsident nun den Eindruck, dass es um die letzte Chance gehe, noch etwas aus sich zu machen.

In Aigner hat sich in dieser Zeit viel aufgestaut, das sie nach außen nie herausließ. Man weiß, wie sehr sie Politik nach Macho-Art nervt – es gibt genügend Möglichkeiten, das immer wieder an ihr festzustellen, schließlich sitzt sie mit zwei Testosteron-Boliden wie Seehofer und Söder in einer Regierung. So sind es genau geplante Sätze, mit denen sie beim Ende ihres Energiedialogs einen eigenen, weiblicheren Politikstil herausstellt: „Wir im Ministerium haben gezeigt, dass und wie Bürgerbeteiligung funktionieren kann“, sagt sie. „Voraussetzung dafür war, dass alle bereit waren, nicht übereinander zu reden, sondern miteinander um die Sache zu ringen, das war mir ein persönliches Anliegen.“

Für Horst Seehofer setzt sie derweil die Messlatte hoch – das ist ein oft praktizierter Seehofer-Trick. „Bayern muss beim Bund seine Interessen kraftvoll vertreten.“ Seehofer ist gemeint. Zur Sicherheit sagt sie es noch einmal: „Das werden schwierige Verhandlungen werden, um das Beste für Bayern herauszuholen“, fügt sie hinzu. „Dafür schicken wir den Ministerpräsidenten nach Berlin.“

FRANK MÜLLER

Energie für den Süden

Verlauf der geplanten Südlink-Stromtrasse



St. Grafik, Quelle: Bundesnetzagentur

Gegen den Strom

Horst Seehofers Kampf wider die Windenergie-Leitungen nervt nicht nur die Branche. Warum macht er weiter?

VON MARKUS BALSER

Wer den Machtkampf auf dem deutschen Energiemarkt gewonnen hat? Nirgendwo zeigt sich das so deutlich wie auf den Feldern an der Elbmündung im Kreis Dithmarschen an der deutschen Nordseeküste. Am Ufer wartet das stillgelegte Atomkraftwerk Brunsbüttel auf seinen Abriss. Im Hinterland drehen sich die Räder Dutzender Windparks. Dazwischen scheint fast jeder Fußbreit Marschboden mit Solarzellen bestellt zu sein.

Schon 2016 soll es genau hier eigentlich losgehen. Dann, so der Plan, werden Bauarbeiter Äcker umgraben, Waldarbeiter weiter im Süden Bäume absägen, um Schneisen zu schlagen für riesige Strommasten, 70 Meter hoch und damit fast doppelt so groß wie die meisten heutigen. In Wilster bei Brunsbüttel soll die 800 Kilometer lange Trasse nach Bayern ihren Anfang nehmen, die zur Hauptschlagader des deutschen Stromnetzes werden soll. Zu Beginn des nächsten Jahrzehnts sollen die Trasse Südlink und zwei weitere gigantische Gleichstromleitungen von Nord nach Süd führen. Mit bis zu 380 000 Volt würde dann Strom dann quer durchs Land gejagt.

Doch die Realität sieht bislang ganz anders aus. Seitdem die Energiewende Formen annimmt, wachsen auf lokaler Ebene die Probleme. Wo immer Pläne für neue Leitungen auf dem Tisch liegen, ist der Ärger nicht weit. Am Niederrhein, in Niedersachsen, vor allem aber in Bayern kämpfen immer mehr Bürger gegen Masten und den drohenden Wertverlust ihrer Häuser. Dabei wird sich genau hier entscheiden, ob Berlin das Versprechen halten kann, dass in den nächsten vier Jahrzehnten 80 Prozent des Stroms aus sauberer Wind-, Wasser- oder Solarenergie kommt.

Angesichts neuer Verzögerungen beim Trassenbau warnen die Netzbetreiber immer drängender vor Strom-Engpässen. „Mich erinnern die jüngsten Eskapaden um die Energiewende an ein Flugzeug, das abhebt, ohne zu wissen, ob es am Ziel die Landebahn gibt“, klagt etwa Lex Hartman, niederländischer Chef des Netzbetreibers Tennet. Grüne Kraftwerke seien längst gebaut. Nun brauche das Land dringend Leitungen zwischen ihnen und den großen Verbrauchszentren. Sonst würde der Strom vergebens produziert. „Wir brauchen die Landebahn, um einen Absturz zu verhindern“, sagt Hartman.

Wenn jetzt nichts geschieht, droht im Süden bald eine große Stromlücke

Landespolitiker allerdings befürchten angesichts der wachsenden Bürgerproteste einen ganz anderen Absturz. Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer zum Beispiel. „Das ist eine Generationenentscheidung“, sagt der CSU-Chef. Sechs der sieben Regierungsbezirke Bayerns seien von den neuen Trassen betroffen. Wenn da etwas schief laufe, sei die Mehrheit weg. Eigentlich sollte ein monatelanger Energiedialog den Streit in Bayern befrieden. Doch das Projekt ging am Montag ohne Ergebnis zu Ende. Die größten Herausforderungen könnten nur auf Bundesebene gelöst werden, sagte Wirtschaftsministerin Ilse Aigner (siehe *nebenstehenden Bericht*).

Dabei drängt die Zeit. Während neue Windparks vor allem in Nord- und Ostdeutschland entstehen, werden in den

nächsten Jahren in Süddeutschland sechs der neun verbliebenen Atomkraftwerke vom Netz gehen. Die Folge: eine große Stromlücke in Süddeutschland. Solarstrom kann diese Lücke mangels Stromspeichern allenfalls tagsüber schließen. Im Norden dagegen herrscht Überfluss. Windparks produzieren mehr Strom als verbraucht werden kann. Die Folge hier: ein Stromsystem, das in Teilen des Landes zu viel und in anderen zu wenig produziert.

In Berlin wächst angesichts dieser drohenden Spaltung der Ärger über die Blockadehaltung beim Trassenbau. Wirtschafts- und Energieminister Sigmar Gabriel (SPD) warnt eindringlich vor weiterem Widerstand. Bayern müsse sich „endgültig für die beiden geplanten Stromleitungen nach Süden entscheiden“. Andernfalls werde es

Die Energielobby spricht von „organisierter Verantwortungslosigkeit“

„bitter für die bayerische Wirtschaft“, prophezeit Gabriel. Dann werde Strom in Bayern zunehmend knapp. „Und alles was knapp ist, wird teuer.“ Irgendwann werde die EU Deutschland in verschiedene Preiszonen aufteilen. Mit der teureren in Seehofers Bundesland. Auch die Opposition übt harte Kritik an Bayern. Der CSU gehe es offenbar gar nicht mehr um die Energiewende, glaubt Oliver Krischer, Vize-Fraktionschef der Grünen. Sie wolle wohl eher Verhandlungsmasse zur Durchsetzung von CSU-Positionen schaffen: „Wer so agiert, stellt nicht nur die Energiewende infrage, sondern die Solidarität zwischen den Bundesländern insgesamt.“

Entnervt schaltet sich inzwischen auch die Energiebranche in den Streit ein. Die Debatte in Ländern wie Bayern beweise, dass sich destruktive Stimmen häuften, so Hildegard Müller, Chefin vom Bundesverband Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), einem Zusammenschluss von 1800 Unternehmen. Der Föderalismus stehe beim Netzausbau für „organisierte Verantwortungslosigkeit“. Ohne die Trassen könnten die Nord-Bundesländer ihre Stromproduktion nicht zu den Verbrauchern bringen. Ihre Produktion liege beim Dreifachen des eigenen Bedarfs.

Ein Kompromissvorschlag aus Bayern kann die Wogen wohl kaum glätten. Wirtschaftsministerin Aigner wolle statt zwei Leitungen nach Bayern nur eine bauen, dafür aber Gaskraftwerke in Bayern errichten als Ersatz für die vier bis zum Jahr 2022 abzuschaltenden Atomreaktoren. Gehe man auf einen derartigen Kompromiss ein, kämen auch andere Bundesländer „mit solchen Forderungen“, heißt es in Gabriels Ministerium. Gegen Reserve-Gaskraftwerke spreche, dass sie sich derzeit nicht rechneten. Die Kosten dafür müssten von allen deutschen Stromkunden getragen werden.

Seit der Eskalation im Streit um Stuttgart 21 galt Bürgerbeteiligung als letzte Chance, große Infrastrukturprojekte im Konsens mit der Bevölkerung umzusetzen. Die Stromtrassen sollten zum Praxistest dafür werden, ob das funktioniert. Eine Chance, gebe es möglicherweise noch, eine Eskalation im Trassenstreit zu verhindern, heißt es in Berlin. Ende dieser Woche werde eine Delegation aus Bayern Wirtschaftsminister Gabriel zu neuen Gesprächen treffen. Horst Seehofer soll dabei sein. Immerhin, sagt ein Beteiligter: „Sie reden miteinander.“

Der Stromtrassen-Streit Bayern verbraucht so viel Strom wie kaum ein anderes Bundesland. Doch der Ministerpräsident will die Leitungen nicht, die nötig sind, um Energie künftig in den Süden zu schaffen. In Berlin formiert sich Widerstand gegen den Quertreiber aus München. Dort versucht eine eifrige Wirtschaftsministerin, Wunsch und Wirklichkeit unter einen Hut zu bringen. Analyse einer aufgeladenen Situation